

## Notiz Block



## Tecnet investiert in Gunytronic

Durch Venture-Kapital des niederösterreichischen Investment-Fonds Tecnet Equity soll dem Sensorhersteller Gunytronic Gasflow Sensoric Systems der Schritt in den internationalen Markt gelingen. „Gunytronic hat sich sehr bewusst für den Technologiestandort Niederösterreich entschieden und will mit einem vielversprechenden Hightech-Produkt international Fuß fassen“, hält Doris Agneter, Vorstand bei Tecnet, fest. 2006 gegründet, hat sich Gunytronic auf die Messungen von Gasströmungen spezialisiert. Dazu wird ein neuartiges, bereits patentiertes Messverfahren mittels Ionisierung verwendet. Die von Gunytronic entwickelten Sensorensysteme können für verschiedenste Anwendungen eingesetzt werden. Dazu zählen auch hochkomplexe Messungen von Prozessgasströmungen unter widrigsten Einsatzbedingungen, wie sie etwa von Stahlindustrie und chemischer Industrie gefordert werden.

## Steirisches Netzwerk blüht auf

Mit einem kräftigen Umsatzwachstum der steirischen Energie- und Umwelttechnik von 39 Prozent gegenüber dem Vorjahr, der Schaffung von über 1000 neuen Arbeitsplätzen und 136 Mitgliedsunternehmen kaputtliert sich Eco World Styria zu Österreichs größtem Netzwerk in diesem Bereich. Erstmals überschritten die Unternehmen in den steirischen Stärkefeldern Biomasse, Solarenergie, Stoffstrommanagement und Wasser/Abwasser die Zwei-Mrd.-Euro-Umsatzmarke. Und die Nachfrage der Unternehmen nach Fachkräften wächst. Ein zentraler Erfolgsfaktor für Unternehmen der Energie- und Umwelttechnik wird laut aktueller Erhebung zunehmend die Strategiekompetenz. Landesrat Christian Buchmann (ÖVP) erklärt: „Die Stei-

rische Wirtschaftsförderung SFG unterstützt Unternehmen beim Aufbau dieser Kompetenz.“ Bernhard Puttinger, Geschäftsführer von Eco World Austria, ergänzt: „Eco bietet Rückenwind für künftiges Wachstum der Unternehmen mit Leistungen wie Zukunftsradar, Jobbörse und einzelbetrieblicher Unterstützung. Zusätzlich bereiten wir Projekte vor, die Kooperationen mit Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen vorantreiben.“

## Google investiert in Erdwärme

Der Internet-Gigant Google plant, mehr als zehn Mio. US-Dollar (6,8 Mio. Euro) in Unternehmen zu investieren, die sich der Energiegewinnung aus Erdwärme verschrieben haben. Laut *Handelsblatt* will das Unternehmen dazu beitragen, Strom aus erneuerbaren Energiequellen günstiger zu machen als aus fossilen Brennstoffen gewonnene Energie. Fraglich bleibt, ob eine Investitionssumme von zehn Mio. US-Dollar ausreichen wird, dieses Ziel zu erreichen. Google unterstützt mit den zwei US-Unternehmen Altarock Energy und Potter Drilling nun auch Energiebetriebe abseits der Solar- und Windkrafttechnik. Neben den beiden Firmen, denen 6,25 Mio. beziehungsweise rund vier Mio. US-Dollar zukommen sollen, erhält das Southern Methodist University's Geothermal Lab als Einrichtung zur Grundlagenforschung rund 490.000 US-Dollar über Google.org. Die geförderten Unternehmen versuchen eine Technologie umzusetzen, anhand derer sich Wärme in besonders großer Tiefe zur Energiegewinnung nutzbar machen lässt. Dadurch soll Strom günstiger gewonnen und angeboten werden. Die gemeinnützige Stiftung Google.org wurde 2005 mit einem Kapital von 90 Mio. US-Dollar gegründet. Seither wurde eine Reihe von Initiativen gestartet, die der Umwelt zugutekommen sollen. *kl/pte*

## Energiekonsumenten müssen kräftig zahlen

Das Hohelied der EU-Energieliberalisierung ist verklungen, die Ernüchterung über die Folgen wird ständig größer. Ist „teurer statt billiger“ das für Konsumenten gültige Schicksal?

Mario Koepl

ÖGB-Infrastruktursprecher Christian Meidlinger stellte schon im September des vorigen Jahres der EU-Energieliberalisierung ein vernichtendes Zeugnis aus: „Die Maßnahme war ein Schuss ins eigene Knie. Mit den Entflechtungsplänen drückt die EU-Kommission soeben zum zweiten Mal ab. Man muss schnellstens zurück an den Start.“ Die Kritik wurde bald bestätigt: Massive Preiserhöhungen und zusätzliche Belastungen für einkommensschwächere Haushalte statt Materialisierung von versprochenen Preissenkungen stellten sich ein. Kapazitätsstilllegungen statt neuer Investitionen, Personalabbau statt Schaffung neuer Arbeitsplätze – das Fazit für die durch die EU-Kommission beschlossenen Maßnahmen zur EU-weiten Liberalisierung des Energiemarktes und der Energieversorgung fiel bei Analysten und unabhängigen Fachleuten schon in den letzten Jahren sehr negativ aus.

Mittlerweile hat sich die Lage aber eher noch verschlechtert. Hans Schweickard, Chef des EU-unabhängigen Schweizer Energienetzbetreibers Swissgrid, etwa kündigt an, dass die Stromkosten in ganz Europa in den nächsten fünf Jahren allein aufgrund der nicht zuletzt durch die Liberalisierung unverhältnismäßig gestiegenen Administrationskosten zwischen 50 und 100 Prozent steigen könnten. Doch nicht nur unsere eidgehörigen Nachbarn verkünden Hiobsbotschaften, auch in Österreich betrachtet man die Entwicklung mit Sorge.

## Sieben Jahre Liberalisierung

Laut dem aktuellen Bericht des Regulierers E-Control hat sich die Wettbewerbssituation auf dem heimischen Energiemarkt keinesfalls verbessert. Knapp sieben Jahre Liberalisierung haben dem Strom- und Gasmarkt des Landes kaum Bewegung verschafft. „Wir sehen eine mangelnde Entflechtung von Netz und Vertrieb auf der Verteilnetzebene. Die Kontrolle der in nationales Recht umgewandelten EU-Richtlinie zum Legal Unbundling ist mangelhaft“, konstatiert Johannes Mayer, Leiter der Abteilung Volkswirtschaft bei E-Control. Man habe die Entflechtung nur formell umgesetzt, die lokalen Lieferanten haben weiterhin ungerechtfertigte Wettbewerbs-



Die EU-Energieliberalisierung hat für heimische Konsumenten wenig bis keine positiven Auswirkungen. Foto: Bilderbox.com

vorteile, und für den Endverbraucher sei die Trennung des Netzbetreibers vom lokalen Lieferanten kaum wahrnehmbar – so das Fazit des aktuellen Berichts.

Die Folgen liegen für Walter Boltz, Geschäftsführer von E-Control, auf der Hand: „Etwas Preisvorteile gegenüber anderen Ländern in der EU sind zurückgegangen. Gleichzeitig sind die Gewinne der Unternehmen stark gestiegen, ohne dass der Konsument davon einen Vorteil für sich erzielen kann.“ Strom wird sich für Endkunden voraussichtlich um rund acht Prozent verteuern, die Gaspreis-Explosion ist noch unbezifferbar. Experten gehen 2009 von einer Erhöhung von 15 Prozent aus, die Mehrbelastung könne pro Haushalt 100 Euro pro Jahr betragen.

Die Kritik fällt bei den Unternehmen naturgemäß nicht auf fruchtbaren Boden. „Die Preisanstiege sind leider ein Thema globaler Märkte“, meint Verbund-Chef Michael Pistauer. „Wir können uns da nicht abkoppeln.“ Im Gegenteil: Es müsse, so eine offizielle Stellungnahme aus dem VEÖ (Verband der Elektrizitätsunternehmen Österreichs), der Strompreis 2009 wahrscheinlich erneut ansteigen. Schließlich sei man gezwungen, die 20 Prozent Preis-

steigerung bei Grundlaststrom und die 18 Prozent bei Spitzenstrom an die Konsumenten weiterzureichen. Gaspreise würden laut VEÖ der Rohölvertuierung mit etwas Verspätung folgen, dem Erdgaspreis wird im Herbst 2008 ein möglicher Anstieg um bis zu 40 Prozent beschieden sein, und beim Kohlepreis ist eine Entspannung noch immer nicht absehbar. Dass trotz längst abgeschriebener Wasserkraft, die laut Analysten jedoch zum Beispiel für den Verbund eine „echte Lizenz zum Gelddrucken“ sei, vom Verbund wenig bis nichts an die kräftig zur Kasse gebeten Konsumenten weitergegeben wird, wird hingegen nicht weiter kommentiert. Nach dem Reingewinn von 665 Mio. Euro für 2007 wird sich der künftige Verbund-Chef Wolfgang Anzenberger beim Start wohl über ein Antrittsgeschenk in Form eines neuen Rekordergebnisses für 2008 freuen können.

Das einzige echte Problem, das Energieunternehmen wie der Verbund derzeit haben, ist nicht eine Verbilligung für die Konsumenten, sondern die Frage nach der Verwendung der stattlichen Gewinne. Internationalisierung und Ausbau von Tochterunternehmen stehen im Vordergrund. Das Cash ist dafür ja reichlich vorhanden.